



Mit ihren Tieren können sich auch die Bauern auf den Almsommer freuen. Sie bekommen die Strafzahlungen zurück.

Foto: Wenzel

Keine Strafen für Almbauern

Im Streit um Futterflächen fallen die Sanktionen für die Auftreiber von Tieren. Rund 13 Mio. Euro fließen zurück an die Bauern.

Von Christoph Mair

Brandenburg – In seinem Heimatort Brandenburg zog Landwirtschaftsminister Andrä Rupprechter (ÖVP) am Dienstag einen Schlusstrich unter den Almstreit. Tausende Almbauern in ganz Österreich mussten, wie berichtet, wegen falscher Flächenangaben Förderungen zurückzahlen und erhielten zusätzlich hohe Strafen aufgebremmt.

Diese Sanktionen würden für unschuldige Landwirte, die weder für die Flächenfeststellung noch für die Antragstellung verantwortlich waren, rückwirkend fallen, versprach Rupprechter nach der letzten Sitzung der von ihm gegründeten Taskforce Almen, gleichsam der „schnellen Eingreiftruppe“ in der Causa. Die Rückzahlungen an die Bauern, die der Minister für ganz Österreich mit 12 bis 13 Mio. Euro bezifferte, betreffen die Strafzahlungen, nicht die Förderungen. „Für nicht vorhandene Futterflächen kann es keine Förderung geben“, stellte Rupprechter klar.

Zwar werde es „keine Generalabsolution“ geben, betonte der Landwirtschaftsminister. Doch für jene Bauern, die nur ihr Vieh auf Gemeinschaftsalmen auftreiben, gelte ein einfaches Verfahren. Sie müssen lediglich bei der Bezirksbauernkammer eine Erklärung abgeben, dass sie nichts mit der Flächenfeststellung zu tun

hätten. Diese Regelung werde in einer Novelle zum Marktordnungsgesetz festgeschrieben. Almobleute müssen weiter nachweisen, dass ihre Angaben nach bestem Wissen und Gewissen erfolgt sind.

Über derartige Bestätigungen der Landwirtschaftskammer laufe bereits die Aufarbeitung von Sanktionsverfahren für Almbauern aus den Jahren 2009 bis 2013, sagte Rupprechter. 10.000 derartiger Erklärungen seien eingegangen. Angesprochen auf die Verantwortung für den Streit erklärte der Minister, er mache keine Schuldzuweisungen. Sollten sich in den anhängigen Verfahren vor den Höchstgerichten Behördenfehler herausstellen, würden diese „schlagend“ werden. Endgültig gelöst sei der Almstreit, wenn die Bauern das Geld haben, war sich Rupprechter mit dem Tiroler Kammerpräsidenten, Josef Hechenberger, einig. Laut Hechenberger mussten die Tiroler Bauern rund acht Millionen Euro (Förderungen und Strafen) zahlen. Zwei Drittel davon, eben die Strafgebühren, dürften schrittweise zurückfließen. Künftig soll eine neue Berechnungsform Sanktionen durch Flächenabweichungen verhindern. Im so genannten Verdichtungsmodell ist vorgesehen, dass für den gesamten Förderanspruch nur 20 Prozent der Almfläche herangezogen werden.